

Sozialistische Zeitung Landeszeitung für die Provinz Sachsen 1703 für Anhalt und Thüringen 1928

Bezugspreis: monatlich 3 G-M. bei 3maliger Auslieferung 2 50 G-M. ...

Halle - Saale Mittwoch, 16. Mai 1928

Anzeigenpreis Die Oberzeile 26 mm breite Zeilen ...

Das wahre Gesicht der Linkspresse Reichspräsident von Hindenburg Vor der Wahl: „Hindenburg politisch instinktivlos“

„Berliner Tageblatt“: Und wie sieht es mit der Wahrscheinlichkeit in bezug auf die politischen Fähigkeiten von Hindenburg? Man sagt immer: Hindenburg ist ein Militär; er ist ein General, aber mit Politik hat er sich nie beschäftigt; er hat nie bemerkt, daß er für Politik ein Verständnis hat, und darum ist er ungeeignet, die höchste politische Stelle im Deutschen Reich einzunehmen.

„Bewundernswürdiger Instinkt“: „Berliner Tageblatt“: Groß und bleibend ist das Verdienst, das Hindenburg sich in den Tagen des schwersten Zusammenbruchs erwarb, indem er bei der Fahne blieb und gemeinsam mit Greener das von außen und innen bedrohte Reichertum gerettet in die Heimat zurückführte.

Nachrevolutionäre Korruption

Herr Eberling hat in seinen verschiedenen Reden des öfteren mit den Worten gesprochen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! Was das deutsche Volk zu erwarten hat, wenn die Sozialdemokratie am 20. Mai siegreich aus dem Wahlkampf hervorgeht, zeigt folgende kurze Übersicht der Korruptionsaffären, die uns die Sozialdemokratie befeuerte.

„Berliner Tageblatt“: Der als Politiker und Gelehrter in gleicher Weise hervorzuhebende Professor der Zoologie Dr. Baumgarten an der Universität Jena veröffentlicht in der Meier Zeitung einen sehr bemerkenswerten Aufsatz, in welchem er die ganze Größe des nationalen Unfalls aufzeigt, das uns mit einer Wahl Hindenburgs droht.

„Politische Stellung“: Es wäre falsche Politik, wollte man den Kriegserproben auf einen Hohen stellen, auf dem er hilflos jedem Einfluß preisgegeben wäre. (14. April 1925.)

Was sich „Deutsche“, sogenannte „Schüler der Republik“, an Selbsterniedrigung leisten, dazu würden sich im Ausland selbst die verkommensten Menschen nicht hergeben: „Den schwarzen Bestien am Rhein die brüderliche Hand — für den andersdenkenden deutschen Bruder das Messer!“

Auch dies soll am 20. Mai unvergessen sein!

Reichsverkehrsministerium gegen Tarifierhöhung Appell der Eisenbahn an das Reichsgericht? — Die Frage einer Auslandsanleihe

(Von unserer Berliner Schriftleitung) ka. Berlin, 15. Mai. Wie wir von gutunterrichteter Seite hören, ist damit zu rechnen, daß das Reichsverkehrsministerium auf Grund der jüngsten Denkschrift der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dem Reichsverkehrsminister vorschlägt, den Tarifschonungsantrag abzulehnen. Es ist damit weiter zu rechnen, daß unter diesen Umständen die Reichsbahn, falls sie an dem Erhöhungsvorschlag festhält, sich auf Grund des Reichsgerichtes in ein besonderes Gremium mit Mitgliedschaft einer Vernehmung appellieren lassen wird.

Robile gestartet Die „Julia“ liegt heute um 120 Uhr mittags auf ihrem Vorposten in Richtung Franz-Josefs-Band auf. Stresemanns Befinden (Von unserer Berliner Schriftleitung) ka. Berlin, 15. Mai. Das Befinden des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, über das heute noch kein amtliches Communiqué ausgesprochen worden ist, ist unverändert. Der Patient hat die Nacht entgegen anders lautenden Meldungen leicht verbracht, eine Besserung zum Guten oder zum Schlechten ist aber nicht eingetreten.

Seine Stimme gehört der Liste 2! Der Hauptkandidat hängt mit dem Namen Warmat zusammen. 1919 verhandigte das deutsche Generalkonsulat in Amsterdam die Regierung von den Gefahren, die dem deutschen Wirtschaftsleben durch die Warmatschen Geschäfte drohten.

Seine Stimme gehört der Liste 2!





Der Mittelstand
Das Schicksal der Parteien

Warum wird vom Mittelstand im Wirtschaftsteil gesprochen?
Weil eine starke Bewegung handlicher Interessen in der Wirtschaftspolitik großen Einfluss hat auf die Steuer- und Handelspolitik, auf die soziale Gesetzgebung, endlich auch auf die Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand (Zusammenfassend) und die staatliche Wirtschaftspolitik.

Wenn man aber so viel vom Mittelstand redet, wie dies im Wahlkampf geschieht, kann falls man genau wissen will, was man denn eigentlich unter "Mittelstand" versteht.

Das ist aber im Volk selber ganz und gar nicht der Fall. Und so kommt es, daß bei dem Stichwort "Mittelstand" mehr als 75 Prozent der Bevölkerung die Hände hochheben. Dabei ist aber diese Parole eine sehr erfolgversprechende für die Parteien geworden und es konnten sich sogar mehrere spezielle Mittelstandsparteien bilden.

Man kann ein Ganzes, z. B. einen Apfel, auf unendlich viele Arten zerlegen, von oben nach unten, von rechts nach links usw. So könnte man eine Bevölkerung in Große und Kleine, Wohlhabende und Schöne und auf sonst hundert Arten zerlegen. Auch die Einteilungen sind denkbar, so in Wohlhabende, Vermittlere und Konterpartie.

Die Schwierigkeit einer solchen Zerlegung liegt nun darin, daß sich dabei wirtschaftliche und soziale Bedingungen verbinden. Zwar könnte man die Zerlegung schematisch nach dem Einkommen vornehmen. Dann müßte sich aber sofort die Frage auf, wie man das Einkommen zu berücksichtigen hat, das bei jeder Zeit durch Aufschwung zu Einkommen umgewandelt werden kann.

bringt, zum gleichen, dem mittleren "Stand" zu rechnen. Da gehen doch alle Begriffe in die Brüche! Unterbreitet liegt etwas heißt Vertriebenen in dem

Empfänger des unteren Standes und befindet sich hier der Weg zum Klassenlosen Staat bereits bereitet. Jedochfalls können wir aus diesem Durchgang anderweitig ersicht, daß die Leute, die

zum Mittelstand gehören, "wollen", immer zahlreicher werden. In diesem Sinne kann von einer Veränderung des Mittelstandes keine Rede sein.

Die Zahlen aber aus dieser kritischen Bemerkung, daß das Problem "Mittelstand" auf die bisherige Weise gar nicht zu lösen ist.

Mittelstandspolitik ist weiter nichts, als die Türöffner für austretende Menschen!

Der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, kombiniert mit der Idee "Freie Bahn dem Tüchtigen" — und Christlichen — ergibt zusammen unter Mittelstandsprogramm.

Man kann diese Politik überhaupt nicht auf bestimmte Gruppierungen abstellen, z. B. die Bauern, die Hausbesitzer, die Einzelhändler und Handwerker. Wenn sich "dabei gewisse Parteien vor diese Gruppen stellen und sich "mittelständisch" nennen, so ist dies fälschliche Zulegung eines Scheintitels. Und man wird sehen, daß sich hinter diese "Politik" gerade diejenigen Elemente aus den betreffenden Erwerbsgruppen stellen, die in unserem Sinne nicht zum Mittelstand, sondern zu den abruflenden Schichten gehören, die sich nur durch eine einseitige Begünstigungspolitik zu retten suchen.

Eine noch größere Frechheit aber ist es, wenn die ausbreitenden Schichten von Reuten und Unruhe werden, die ihre ausgesprochenen und einzigen Ziele sind und das sind diejenigen, die im freien Wirtschaftskampf das Widerspiel der aufstrebenden Schichten darstellen, weil sie sich durch die Ausbeutung dieser produktiven Elemente zu Reichtum und Macht bringen wollen. Sie gestalten sich gerne als "liberale" Wirtschaftler. Auch diejenigen unproduktiven Menschen werden, deren Reichtum sich nur durch Abwerb der berechtigten Wünsche der von ihnen in Abhängigkeit gehaltenen aufstrebenden Elemente unseres Volkes erhalten läßt. Mit unstreitig großem Geschick

insultieren sie auf die fälschliche Bezeichnung der emporsprengenden Kreise.

Wirtschaftlich bedingten und in dem Sinne, als sie ihr Ziel weder in der dominierten Ideologie des Marxismus, noch in der Massenbewegung der unten geliebten oder abruflenden Linien aufzubrechen sehen. Eine Frechheit sagen wir, ist es, wenn eine ganze politische Partei mit der verlockenden Parole des "christlichen Liberalismus" unsere aufstrebenden Schichten anlockt, um ihnen gegenüber die "liberale" "Freie Bahn dem Tüchtigen" überläßt, während es für sie "Freiheit für den Kruppellen" bedeutet. Und das alles umpanzeln sie mit dem heugeligen Feuer der "Mittelstandspolitik!"

Demgegenüber liegen wir: Die aufstrebenden Schichten müssen sich unterwerfen an ihre Wirtschaftspolitik, die kommen und diejenigen, die einseitig ernstlichen Schaden nach vornwärts fühlen, sie mögen ihr Heil bei den proletarischen Parteien suchen.

Die aufstrebenden Schichten aber gehören zur deutschen nationalen Volkspartei.

Man kann, daß sie sich hier ab und zu noch etwas fremd fühlen, daß sie mit Widerständen zu kämpfen haben, die sich aus einem zu harten, unerbittlichen, erdigen Wirtschaftskampf herausheben, der sich hier reichlich durchsetzen können. Die aufstrebenden Schichten, und sie werden von hier aus auch den Kampf gegen alle Ultra-Falsch führen können, die wir gerne den anderen sogenannten bürgerlichen Parteien überlassen.

Dr. Fr.

Wir berichten im Auszug:

Zusatz der reisenden Kaufleute. Vom 16. bis 20. Mai hat der Verbänderverein der Kaufleute die Deutsche Devisenbank, die größte und älteste Berufsorganisation ihrer Art für angesehene Reisende, Handelsvertreter und sonstige Firmeneinhaber von Handel und Industrie, die reisen oder reisen lassen, seine 22. Generalversammlung in Dresden abgehalten. Der Mittelstand der Berufsorganisation bildet eine öffentliche Kundgebung am Freitag, den 18. Mai, im Brunnhof des Dresdener Rathauses mit einem Vortrag des Verbandvorsitzenden H. Günther über "Grundrissgedanken zur Stellung der Berufsvertretungen in der Gesetzgebung". Eine besondere Zugung der angesehene Reisende ist befaßt mit den Fragen des Arbeitsauftrages, der Mitarbeiterstellungen in Hotels, des Wandergewerbes, des Detailverkaufs, des Revolutionsvertrages, umfassen der Sozialversicherung usw., während eine besondere Zugung der Handelsvertreter "Reisende über die wichtigsten Handelsvertreterfragen sowie über die Konvention des Einkaufervereinsbewegung bringt. In der Sonderberatung der Ökonomen der Verkehrs-Kommissionen stehen die Verkehrsinteressen der Gesamttheit des reisenden Kaufmannstandes, insbesondere die neue Eisenbahnverkehrsleistungen, die Eisenbahnverkehrsleistungen und das neue Wagenkastenfahren zur Beratung. Diese Beratungen finden ihre Ergänzung in der Sitzung des Fahrplan-Ausschusses und Kraftverkehrs-Ausschusses. Dazu parallel halten die einzelnen Fachverbände und Fachgruppen ihre Beratungen ab. Der geschäftliche Teil der Generalversammlung wird am Samstag, den 19. Mai, im Kongressaal des Städtischen Ausstellungspalastes erledigt.

Zusammenbruch der Bräukassen-Verenbarung (Sa.). Eine der größten Genossenschafts-Verenbarungen, welche 830 Mitglieder zählte, wurde durch die Geschäftsführung des Deutschen Kaufmanns im Bräukassenverbande getroffen. Es kam zum Konkurs, weil, während es der Vorstand, die Genossen noch vorher zu einer fünfjährigen Erhöhung der Anteile und Fortführung zu bewegen. Die Erhöhung wurde aber nur dadurch erreicht, daß man den Genossen, die sich später herausstellten, einen unrichtigen Angaben der Vermögenswerte — Verrechnung der tatsächlichen Verluste u. a. m. — Das Unternehmen ist ungegünstig hinfällig, während man nach der Erhöhung der Anteile, als die Kaufleute bekannt wurden, sofort erlosch, daß große Gefahr vorhanden war.

Kurze Zeit darauf, als viele Genossen kündigten, wurde der Bräukassenverband aufgelöst. Die Genossenschaft, die der reichsten Kaufmanns herangezogen, so daß bei dem größten Teil der Genossen, meist keine Handwerker, Forderungen durchgesetzt werden mußten. Der Bräukassenverband ist wegen zu allgemein gehaltenen Forderungen eingestürzt worden. Der Bräukassenverband ist schon seit 1925 und ist bis heute noch immer nicht entstanden. Man hat sich in der Vergangenheit um alle Teile des Deutschen Reiches zusammengekommen, und eine Resolution gefaßt, die dahin geht, daß Reichstag, Ministerien, Landesparlamenten und Genossenschaftsverbände zu unterstützen sind, bis im Interesse des Handels und des Genossenschaftswesens Aufklärung erfolgt.

Arbeitszeit für Gemeinbedienstete Mittelstandes. Der Reichsausschuss für Arbeitsverhältnisse, Berlin, fällt als Berufsausschuss in der Reichsregierung für den Mittelstandes Arbeitsvererber der Städte und Gemeinden e. V. und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter über eine Neuregelung der Arbeitszeit der Gemeinbediensteten Mittelstandes am 8. 5. 1928 einen Schiedspruch, der den Schiedspruch der Reichsregierung in folgenden Worten abhandelt: Die Möglichkeit einer Verlängerung der täglichen arbeitsfähigen Arbeitszeit wird auf die Straßenbetriebe ausgedehnt. Die im Schiedspruch der 1. Instanz zugelassene unbegrenzte Verlängerung der Arbeitszeit für bestimmte Betriebe wird auf 6 Stunden höchstens begrenzt. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit der Beschäftigten, nach denen jedem Beschäftigten arbeitsfähig innerhalb 3 Wochen eine Ruhepause von 86 Stunden, in die ein Sonntag fällt, gewährt werden sollte, und deren Durchführung eine große Vereinerung der Betriebe infolge Einstellung unproduktiver Arbeitskräfte nicht möglich war, ist getroffen worden. Die Ersetzung der zur Ruhe, daß für Beschäftigten arbeitsfähig im Wochenarbeitsverhältnis für Gemeinbedienstete vorzuziehen Arbeitsregelung Mäßigkeit für (wöchentlich durchschnittlich 56 Stunden = 168 Stunden in 3 Wochen) und bezüglich der Ruhepausen die gesetzlichen Bestimmungen gelten. Die Parteien haben sich innerhalb Monatsfrist zu dem Schiedspruch zu erklären.

Englischer Arbeitsmarkt stark stabil. Man rechnet damit, daß innerhalb kurzer Zeit 20000 Vergleiche zur europäischen Entlassung müssen müssen. — Gemessen an der Zahl der vertriebenen Bevölkerung, betrug die Gesamtbeschäftigung in England Mitte März 04 Prozent.

Sonderheft der "Deutschen Presse". Inhaltlich der Reichstag-Berichterstattung hat die "Deutsche Presse" eine Sondernummer "Arbeit und Politik" herausgegeben. Der Inhalt ist: Arbeit und Politik, Aprilheft 5, 6. 1928, 2. — Das reich illustrierte Heft enthält eine große Zahl wertvoller Mitteilungen über landwirtschaftliche Technik und allgemeine Fragen und kann daher bestens empfohlen werden.

Schiedspruch für die Sanie. Mittelteil von der Reichsregierung der Sanie-Schifferei, Alt-Def. Halle a. S. Angekommen am 14. Mai 1928. Kapitän Fr. 5740, Gen. Augustin, von Hamburg, Elbdampfer Weissenfels mit Stützort von Hamburg.

Frankfurter Abendblätter

Frankfurt, 15. Mai. Am der Abendblätter war die Unmöglichkeit gering. Es bestand weiter ziemlich starke Zurückhaltung und nur vereinzelt flüchtigen kleine Notizen vorgekommen waren. So hat man zum Beispiel den Witzwettbewerb der drei Städteentwicklung wieder nicht einbehalten, doch bieten sich die Kursveränderungen in engen Grenzen. Schwaiber lagen Deutsche Reich minus 14 Prozent und Siemens minus 13 Prozent. Harthaus waren dagegen gestiegen und 4 Prozent erhöht. Aus dem Reichweite wieder 1 Prozent fester. Am Anleihenmarkt hielt sich das Interesse für Eisenbahn. Auch im Verkauf konnte sich das Geschäft nicht beleben.

Dividenden

Table with 2 columns: Company Name and Dividend Amount. Includes entries like H. C. F. Haus- und Grundbesitz, Leipzig 8, Elektricitätswerk Sachsen-Anhalt, Halle 8 (5), etc.

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Denk

Deutschlands Steinkohlenproduktion und -Ausfuhr

Die deutsche Steinkohlenförderung hatte bekanntlich unter dem Einfluß des europäischen Wirtschaftskreislaufes in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 eine starke Steigerung erfahren. Es war nicht möglich, die Produktion des Jahres 1927 auf dem Ende 1928 erreichten Niveau zu erhalten. Seit der Mitte des Jahres 1927 weist die deutsche Steinkohlenförderung jedoch eine erfreuliche Stabilität auf. Die monatliche Förderung verhält sich bisher fast ungefähr 13 Millionen Tonnen. Es ist im März 1928 — der März eines jeden Jahres bringt immer eine sehr hohe Produktion — auf über 14 Millionen Tonnen gestiegen.



Die wertmäßige Ausfuhrüberschuss von Steinkohle...

Die wertmäßige Ausfuhrüberschuss von Steinkohle stieg, wie der untere Teil des Diagramms zeigt, unter dem Einfluß der durch den englischen Bergarbeiterstreik ermöglichten Sonderexportportionen bis auf 80 Millionen Reichsmark monatlich. Nach Beendigung des Streiks ist dieser Ausfuhrüberschuss sehr stark zurückgegangen. Er hält sich aber jetzt wenigstens bei 30 bis 40 Millionen Reichsmark monatlich. Dieser Ausfuhrüberschuss ist wesentlich größer als der vor Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks erreichte Ausfuhrüberschuss, der damals 20 Mill. M. nur selten erreichte. Es scheint somit, daß die deutsche Kohlenindustrie einen Teil der Abhängigkeit, die sie während des englischen Bergarbeiterstreiks erlitten hatte, im ferneren Verlauf der Dinge hat befreien können. Zum Teil mag diese Steigerung des Ausfuhrüberschusses vielleicht auch auf die Einbeziehung der Reparationskohlenlieferungen in die Handelsstatistik zurückzuführen sein.

Nationalisierung und Arbeitsmarkt

In ihrem letzten Wochenbericht bemerkt die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig, hieraus folgendes: Die in ihrem Wert und ihrer Bedeutung vielfach umstrittenen Nationalisierung der Wirtschaft muß in Deutschland nach den gegenwärtigen Bedingungen als eine durchaus notwendige Erscheinung angesehen werden, solange die menschliche Arbeitskraft als wichtigster Faktor der Produktionsentwicklung bei einer Stellenüberfüllung auf längere Sicht herab bestimmt bleibt, wie es zurecht der Fall ist. Schon wiederholt wurde von führenden Wirtschaftsexperten betont, daß man die Gedanken keineswegs verwerfe, die einmal in den Schwierigkeiten und hohen Kosten der Kapitalbeschaffung für jede durchgreifende Betriebsumgestaltung liegen und die zum anderen durch die damit verbundene Gefährdung des Arbeitsmarktes bei gleichzeitiger weiterer Erhöhung der Soziallasten ausgelöst werden. Gerade das Problem einer ausbreitenden und dabei billigen Finanzierung jeder technischen und organisatorischen Neuordnung eines Unternehmens verleiht allerdings der unfinderen Konjunkturlage die Berechtigung der Wirtschaft zur Entlastung des Arbeitsmarktes und dieses durch die Erleichterung der Kapitalbeschaffung nur irgendeine zuläufig. Die wertvoll aber eine solche Politik für die ruhige Weiterentwicklung der Gesamtanlage ist, läßt sich schon daraus ableiten, daß Deutschland trotz einer recht bedeutenden Verringerung der allgemeinen Arbeitslosigkeit, die von Mitte März bis Mitte April wiederum eine Mehrbeschäftigung von rund 400 000 Menschen zu verzeichnen konnte, so wird man bei entgegen den ursprünglichen Erwartungen, die sich in erster Linie auf die saisonmäßige Verringerung der sog. Außenbetriebe, insbesondere des eben erwähnten Baumarktes, stützen, doch zu einem entscheidenden Teil auf die Verringerung im allgemeinen noch anhaltende ausbreitende Beschäftigung der weiterverarbeitenden Industrie zurückzuführen haben. Aus diesem Grunde wird es allerdings um so nötiger sein, jede größere Störung der an sich schon gemachten Konjunktur für die nächste Zeit zu vermeiden.

Bezugspreis...

Abends 6 U.

Wer...

Wird es...

Die Sozial...

Wird es...

Für die...

Wird es...

Wird es...